

Die politischen, ethnischen und religiösen Hintergründe der nigerianischen Krise

Zum Jahreswechsel rief Generalmajor Yakubu Gowon, der Chef der Zentralregierung in Lagos, seinen in Biafra kämpfenden Truppen den Kampfslogan zu: „Laßt uns das Letzte geben und den Krieg bis zum 31. März gewinnen“ („Die Zeit“, 26. 1. 68). Dieser Aufruf erfolgte zu einer Zeit, da verstärkte Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Zentralregierung und der abgefallenen Ostregion im Gange waren. In diese Bemühungen hatte sich auch der Vatikan eingeschaltet. Zwei päpstliche Emissäre weilten als Vertreter der Caritas Internationalis im Lande. Der Papst hatte sie nach Nigeria entsandt, um zwischen den feindlichen Lagern zu vermitteln. Bereits im Juli 1967 hatte Paul VI. einen Appell an General Gowon und an den damals noch in der inzwischen von den Regierungstruppen zurückeroberten Hauptstadt des Ostens residierenden Führer der Rebellenregierung im Osten, Oberstleutnant Odumegwu Ojukwu, gerichtet und die kämpfenden Parteien zu Verhandlungen aufgefordert. Über die an Weihnachten entsandte Delegation wollte der Papst nochmals versuchen, beide Kontrahenten direkt anzusprechen. Am 23. Dezember führten die zwei Delegierten des Heiligen Stuhls, Msgr. D. Conway, ein ehemaliger irischer Nigeria-Missionar, und Msgr. G. Rocheau vom französischen Secours catholique ein einstündiges Gespräch mit dem Führer der Zentralregierung. General Gowon erklärte seinen guten Willen, schob aber die Schuld an der gegenwärtigen Situation auf seinen politischen und militärischen Gegner.

Die Delegierten konnten auch die von der Zentralregierung wiedereroberten Gebiete, in denen der Großteil der die Weltöffentlichkeit alarmierenden Massaker an den Ibos begangen wurden und offensichtlich noch begangen werden, aufsuchen und mit Vertretern der christlichen Konfessionen und der Mohammedaner Gespräche führen. Ebenso konnten sie mit Vertretern des Roten Kreuzes Kontakt aufnehmen. Diplomatische Erfolge konnte die Mission jedoch nicht verbuchen. Außer einer besseren Koordinierung der möglichen Hilfsmaßnahmen, vor allem zwischen den kirchlichen Stellen, blieben die Bemühungen der Delegation ohne sichtbares Ergebnis. Wohl aber erfolgte durch sie eine genauere Unterrichtung des Vatikans über die tatsächliche Lage in den vom Bürgerkrieg heimgesuchten Regionen und eine klarere Kenntnis der politischen und religiösen Hintergründe des Konfliktes. Die von der gleichen Delegation geplante Reise nach Biafra mußte zunächst abgebrochen werden (Fides-Dienst, 10. 1. 68). Erst Anfang Februar gelang den beiden Emissären die Einreise vom Westen her. Für die Zeit ihrer Durchreise durch das Kampfgebiet war von beiden Seiten ein „Waffenstillstand“ im Kampfabschnitt um Onitsha vereinbart worden. Conway und Rocheau überreichten dem Chef der Rebellenregierung eine persönliche Botschaft des Papstes. Bereits Wochen vorher hatte der Papst dem Chef der Zentralregierung über den Bundeskommissar für Transport, J. Tarka, der als Vertreter der Zentralregierung nach Rom gereist war, ebenfalls eine persönliche Botschaft übermitteln lassen. Das Gespräch, das die beiden päpstlichen Abgesandten am 8. Februar mit Ojukwu führten, und die inzwischen deutlicher gewordene Verhandlungsbereitschaft mit der Zen-

tralregierung scheinen einige Hoffnungen aus weitere Vermittlertätigkeit geweckt zu haben. Der Aufruf des Präsidiums des Reformierten Weltbundes, sich stärker für die Befriedung Nigerias einzusetzen (öpd, 8. 2. 68), und der Appell des Generalsekretärs des Weltrates der Kirchen, E. C. Blake, an Rom (öpd, 14. 2. 68), sich gemeinsam mit dem Weltrat um eine Beilegung des Konfliktes zu bemühen, sind Zeichen eines wachsenden kirchlichen Engagements. Diese Bemühungen werden aber weitgehend von der Zusammenarbeit der Kirchen an Ort und Stelle abhängen.

Ein grausamer Bürgerkrieg

Militärisch ist die Lage gegenwärtig unübersichtlich. Wenn auch ein militärischer Sieg der Ostregion so gut wie ausgeschlossen ist, so verläuft der Vormarsch der Regierungstruppen keineswegs geradlinig und nach den „Terminplänen“ der Zentralregierung. Biafra ist zwar bereits weitgehend umzingelt. Das strategisch wichtige Calabar an der äußersten Ostküste befindet sich bereits in den Händen der Regierungstruppen. Der Fluchtweg nach Kamerun ist den Ibos abgeschnitten. Als einzige Verbindung zum Ausland bleibt den Aufständischen noch Port Harcourt, das als wichtigste Nachschubbasis dient. Den Niger entlang versuchen die Truppen der Zentralregierung in die Zentralregion Biafras vorzustoßen. Der Vormarsch erfolgt aber langsamer, als vorauszusehen war, und nicht ohne Rückschläge. So berichtet z. B. „Le Monde“ vom 31. Januar 1968, daß die ehemalige Hauptstadt von Ostnigeria, Enugu, die Anfang Oktober von den Truppen der Zentralregierung erobert wurde, immer noch zum Teil von Truppen Biafras kontrolliert werde. Ebenso sei es in der bereits im August 1967 von der Zentralregierung besetzten Universitätsstadt Nsukka an der Nordspitze der Ostregion in den letzten Wochen immer noch zu Kämpfen mit Rebellen truppen gekommen. Auch im Falle des sicheren Sieges der Zentralregierung sagen Beobachter einen unbefristeten Guerillakrieg in der Ostregion voraus. Man rechnet mit einer Situation „vietnamesischen Typs“.

Wie immer aber sich die militärische Lage in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln mag, ob auf Grund der angespannten innenpolitischen Situation der Zentralregierung und des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs die Verhandlungschancen wachsen: schon jetzt ist das Ausmaß der Katastrophe deutlich sichtbar. Seit die „Polizeiaktion“ am 7. Juli 1967 gegen das abtrünnige Biafra begann, gab es mindestens 100 000 Tote (nach „Newsweek“, 9. 2. 68). Die Zahl der Opfer wird von anderen Quellen als wesentlich höher angegeben. Der „Rheinische Merkur“ (19. 1. 68) sprach sogar von 300 000. Wegen der Unübersichtlichkeit der Lage und den widersprechenden Meldungen aus den gegnerischen Lagern sind auch annäherungsweise zutreffende Zahlen nicht zu ermitteln. Es bleibt aber die Tatsache der unerhörten Grausamkeit des Krieges mit seinen Massakern, wie sie nur aus der innerafrikanischen Situation und dem zum blutigen Gemetzel gesteigerten Stammeshaß erklärt werden können. Die Ibos verteidigen „ihr Leben in einem Kampfe, der keine Gnade kennt, in einem Krieg, in dem

keine Gefangenen gemacht werden, und an einer Front, an der es für die Zentralarmee praktisch unmöglich ist, zwischen Soldaten und Zivilisten zu unterscheiden“ („Neue Zürcher Zeitung“, 12. 11. 67).

Tatsache ist auch, daß durch den Bürgerkrieg nicht nur die politischen Strukturen des Landes weitgehend zerfallen sind, sondern daß Nigeria, das alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche und politische Entwicklung bot, bereits an den Rand des wirtschaftlichen Ruins geraten ist. Nigeria verfügte nicht nur über eine über dem afrikanischen Durchschnitt liegende landwirtschaftliche Produktion. (Zweidrittel des Sozialprodukts kamen aus der überwiegend kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die fast 80% der männlichen Erwerbstätigen beschäftigte, 80% der Gesamtausfuhr bestritt und nahezu den gesamten Inlandsbedarf an Lebensmitteln deckte.) Nigeria war der größte Erzeuger und Exporteur von Erdnüssen und Palmprodukten. Es ist zudem das einzige Land Westafrikas, das Kohle fördert und zugleich bedeutender Ölproduzent ist. Die Ostregion allein hat 30 Millionen Tonnen Erdöl jährlich gefördert. Davon entfielen 80% auf BP/Shell. Von der Gesamterdölproduktion des Landes entfielen 59,9% auf den Osten, der Rest floß aus dem Westen zu Biafras Häfen. Der Krieg hat das Wirtschaftsleben nun praktisch lahmgelegt. Der Öllexport fiel im August 1967 von 2,19 Millionen auf 0,20 Millionen Tonnen. Gegenwärtig produziert nur noch der Mittelwesten. Im Kampfgebiet und in den Flüchtlingslagern herrscht Hunger und fehlen Medikamente. Von der Vorstellung vom „afrikanischen Musterland“ scheinen einstweilen nur noch Flüchtlingselend, wirtschaftlicher Ruin und blutiger Stammeshaß übriggeblieben zu sein. Das Land ist so zum Symbol der latenten innerafrikanischen Spannungen geworden, die auch in anderen afrikanischen Staaten bei Zuspitzung von Konflikten jederzeit offen ausbrechen können.

Delikate Bevölkerungs- und Religionsstruktur

Wie kam es dazu? Um einerseits die Situation der Ibos zu verstehen und um andererseits die innen- und außenpolitische Tragweite der andauernden nigerianischen Tragödie zu ermessen und deren Hintergründe zu erfassen, ist eine entwicklungspolitische Rückschau auf die Föderation und ein genauerer Einblick in die stammesbedingten und religiösen Spannungen notwendig.

Die Föderation von Nigeria zählt 55 Millionen Einwohner auf einer Fläche, die viermal so groß ist wie Deutschland und „rund ein Viertel der schwarzafrikanischen Bevölkerung des Kontinents“ umfaßt (K. Schmölder/H. Hielscher. Von der traditionellen Gemeinschaft zur angepaßten Sozialpolitik in Nigeria, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966, S. 9). Dieser volkreichste Staat Afrikas vereinigte bis zum 27. Mai 1967 vier Regionen: die Nordregion mit ca. 29 Millionen Einwohnern, die von den islamischen Haussa-Fulani beherrscht wird; die Ostregion mit ca. 12 Millionen Einwohnern, wo die christlich-animistischen Ibos dominieren; die Westregion mit ca. 10 Millionen, die von den christlich-islamisch-animistischen Yorubas bewohnt wird, und der Mittel-Westregion mit ca. 2,5 Millionen Einwohnern, die verschiedenen Minderheitsvölkern angehören, und zum Teil christlich, zum Teil animistisch sind (vgl. H. N. Weiler, Erziehung und Politik in Nigeria, Verlag Rombach, Freiburg 1964, S. 19; dazu „Missi“ 1/1968, S. 10).

Mehr als 50% der Gesamtbevölkerung leben im Norden. Von diesen bilden die Haussa mit 18% und die Fulani mit 10% die zwei Hauptgruppen. Neben diesem „islamischen Norden“ mit seinen „theokratischen Wüstenfürsten“, die „kulturell und weltanschaulich nach der arabischen Halbinsel hin orientiert sind“ („Die Weltwoche“, 1. 9. 67), leben 13 Millionen verschiedenster Kleinvölker des „Middle Belt“. Aus diesen Minderheitsvölkern stammte sowohl der ermordete Föderationspremier Balewa wie auch der Militärchef Gowon. Auch die Mehrzahl der einfachen Soldaten in der Bundesarmee sind keine „Haussa-Fulani-Horden“, sondern Christen und Animisten des Middle Belt. Die Yorubas im Westen zählen 14% und die Ibos im Osten 16%. Im wichtigen Ölgebiet des Ostens leben ca. vier Millionen Minderheitsvölker.

Gebietsmäßig beherrscht der Norden vier Fünftel Nigerias. Föderativ gesehen, ergibt sich aus diesen Daten eine klare ungleichmäßige Verteilung der Kräfte zugunsten der Nordregion. Regional betrachtet, begegnet uns im Norden und im Osten das Problem der Minderheitsvölker.

Koloniale Hypothek und Nord-Süd-Gegensatz

Die Föderation Nigeria, am 1. Oktober 1960 unabhängig und am 1. Oktober 1963 zur selbständigen Republik innerhalb des britischen Commonwealth erklärt, ist eine „Schöpfung des britischen Imperialismus“. Gründer der Föderation ist der ehemalige englische Generalgouverneur Lord Lugard. 1914 schloß er die verschiedenen englischen Besitzungen im Süden zu einer Einheit mit dem Norden zusammen. Er regierte mit der „Indirect Rule“, d. h., die Beamten inspirierten Maßnahmen, Befehle ließen sie durch die traditionellen Herrscher erteilen. Den besiegten Emiren des Nordens löste England das Versprechen ein: den Islam ungehindert verbreiten zu dürfen, das politische System bestehen zu lassen und die christlichen Missionen nur mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung wirken zu lassen (H. N. Weiler, a. a. O., S. 137).

Im Gegensatz zum Norden begegneten die Kolonialherren im Süden einer dem technischen Zeitalter aufgeschlossenen Gesellschaft. Daher funktionierte das System der indirekten Herrschaft weder bei den Yoruba-Königreichen noch bei den nach Dorfgruppen und Sippenverbänden strukturierten Ibos. Im Süden wurde bereits 1922 die „moderne Elite“ in das politische Leben eingeführt. Nur der Süden sollte langsam durch das „Legislative Council“ eine autonome Verwaltung erhalten. Der feudale Norden sollte davon unberührt bleiben. Selbst Lugard schrieb: der Süden hätte kein Recht, die Stämme des Hinterlandes unter seine Vorherrschaft zu bringen (H. Ansprenger, Auflösung der Kolonialreiche, dtv., 1966, S. 72—89). Hieraus spricht eine leider oft praktizierte Haltung englischer Kolonialbeamten: Sie waren oft von einem Absonderungsgeist erfüllt, der „nationalistischer“ (sprich ethnozentristischer) war als bei den Nigerianern (J. Günther, Afrika von innen, Humanitas-Verlag, Zürich 1957, S. 760).

Die koloniale Hypothek, die seit der Unabhängigkeit des Landes auf Nigeria lastete, war ein ungleichmäßig strukturierter Mehrvölkerstaat mit regional sehr unterschiedlichem Entwicklungsstand, verbunden mit den latenten Spannungen zwischen den führenden Stämmen und zwi-

schen diesen und von ständiger Übervorteilung bedrohten Minderheitsvölkern. Das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd bzw. zwischen Norden, Westen und Osten springt in die Augen, wenn man die Statistiken des Bildungswesens zur Illustration heranzieht. Die Anzahl der Schüler in den Grundschulen betrug 1960: im Norden 282 848 (bei einem Anteil von 50 % an der Gesamtbevölkerung), im Osten 1 430 514 und im Westen 1 124 788. Die Anteile der einzelnen Regionen am höheren Schulwesen (secondary education) macht das Gefälle noch deutlicher: Norden: Anzahl der Schulen 50, der Schüler 9995; Westen: Anzahl der Schulen 855, der Schüler 144 732; Osten: Anzahl der Schulen 207, der Schüler 32 712. Technische Fortbildungs- und Berufsschulen: im Norden 16 (mit 2608 Schülern), im Osten 8 (mit 1571 Schülern), im Westen 6 (mit 1064 Schülern). Der hohe Anteil des Nordens an dieser Kategorie erklärt sich aber zu einem guten Teil aus den hohen Anteilen besonders von den katholischen Missionen geleitete Ibo-schulen im Norden. Die Lehrerseminare verteilten sich: auf den Norden mit 52 (und 6320 Schülern), auf den Osten mit 133 (und 11 160 Schülern), auf den Westen mit 97 (und 12 954 Schülern). Die Zahl der Studenten an Universitätsinstituten und Colleges verteilen sich: Norden 426, Osten 1148, Westen 1688 (vgl. N. Weiler, a. a. O., S. 263). Das Entwicklungsgefälle zwischen Nord und Süd spiegelt sich auch in der Streuung der Einrichtungen des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, Dispensarien, Apotheken) wider. Es entfallen, global gerechnet, auf den Norden 856, auf den Osten 849 und auf den Westen 1066 (Schmolder/Hielscher, S. 45).

Partei- und Stammesstruktur

Diese unterschiedliche Entwicklung hatte selbstverständlich auch politische Folgen. Die Zentralregierung setzte sich aus dem vom Premierminister geleiteten Kabinett, dem Senat und dem Repräsentantenhaus zusammen. Die Regionen hatten ein Abgeordnetenhaus und ein „Haus der Häuptlinge“. Bemerkenswert für Nigeria war, daß „die traditionellen Autoritäten und Führer der alten Gesellschaftsstruktur ... in den modernen Staat integriert wurden“. Die „Verfassungsstruktur“ hatte „von der Ausgestaltung des Grundrechtskatalogs bis hin zur Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Regionen außerordentliche Ähnlichkeit mit der Bundesrepublik Deutschland“ (K. Schmolder, S. 10).

Die großen politischen Parteien Nigerias waren der Northern People's Congress (NPC), geführt vom Sardauna von Sokoto, dem Ministerpräsidenten des Nordens, Sir Ahmadu Bello; die National Convention of Nigerian Citizens (NCNC) im Osten, geführt vom ersten Präsidenten der Bundesrepublik Nigerias, Nnamdi Azikiwe; die Action Group (AG) im Westen unter der Führung Obafemi Awolowos. Ihr Einfluß gründet im wesentlichen auf der regionalen Stammesmajorität. Durch das herrschende Mehrheitswahlrecht erhielten die Parteien ein noch stärkeres Gewicht. Dem Norden kam dadurch ein politisch-parlamentarisches Übergewicht zu. Die erste Bundesregierung wurde im Repräsentantenhaus von einer NPC-NCNC-Koalition gestellt. Der Führer der NPC im Repräsentantenhaus, Sir Abubakar Balewa, wurde Premier der Zentralregierung. Mit diesen drei großen Parteien entstanden in der Föderation drei große Machtzentren.

Bei den Dezemberwahlen 1964 versuchte man diese Zentren durch zwei „überregionale Parteistrukturen“: eine große Allianz im Norden und eine im Süden zusammen mit dem Osten, enger zu verquicken und dem multinationalen Staatswesen anzupassen. Die nördliche Allianz wurde geführt von Ahmadu Bello und war geprägt vom traditionellen Charakter der NPC, in der die muslimischen Emire den Ton angaben und die sich einer zu „raschen nationalen Entwicklung“ widersetzen. Mit ihr wurden zehn andere Parteien verschmolzen.

Die südliche Allianz formierte sich aus der NCNC unter der Führung von Okpara und der Action Group. Da beim Wahlkampf neben parteipolitischen Auseinandersetzungen auch noch stammesmäßige und regionale Differenzen Kolorit gaben, rief Okpara zu einem Wahlboykott auf. Die Wahlen wurden dennoch durchgeführt. Die NPC siegte, aber die „afrikanische Musterdemokratie“ hielt der politischen Zerreißprobe nicht mehr stand.

Der Weg in die Sezession

Am 15. Januar 1966 ermordeten rebellierende Truppen den Föderationspremier Balewa, den Ministerpräsidenten der Nordregion, Bello, und seinen Kollegen der Westregion, Häuptling Samuel Akintola, zusammen mit dem Finanzminister der Föderation, Okotie Eboh. Mit ihnen kamen im Norden 50 und im Osten 15 Menschen ums Leben.

Generalmajor Ironsi, ein Ibo, der während der Kongokrise das nigerianische Kontingent führte und am Putsch nicht beteiligt war, wurde mit der Führung der Staatsgeschäfte beauftragt. Er ernannte für jede Region einen Militärgouverneur. An die Stelle der parlamentarisch gewählten Regierung trat ein Oberster Militärrat. Im Mai 1966 führte Ironsi sein neues Aktionsprogramm durch. Er hob den föderativen Regionalismus der Parteien und der Stämme auf, verbot sämtliche Parteien und steuerte eine „unitarische Staatsstruktur“ an. Diese Maßnahmen lösten im Norden blutige Protestaktionen aus, die über 3000 Tote und 600 Verletzte forderten („Afrika-Forum“, 1966, S. 322). Der Versuch, ein zentralistisches System zu erzwingen, setzte Ironsi dem Verdacht aus, eine Vorherrschaft der Ibos über ganz Nigeria aufrichten zu wollen und kostete ihn mit etwa 250 Ibo-Offizieren am 29. Juli das Leben.

Sein Nachfolger wurde General Yakubu Gowon, ein Christ aus dem Norden. Er bestätigte die regionalen Militärgouverneure, die Ironsi eingesetzt hatte, im Amt und führte am 31. August wieder das föderative System ein (im Osten blieb Oberstleutnant Odumegwu Ojukwu weiterhin in seinem Amte). Der Norden war aber so sehr in Erregung geraten, daß der Haß gegen die Ibos, die in großer Zahl eingewandert waren, um „in der Verwaltung, im Handel, im technischen Bereich der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens“ den rückständigen, feudalistischen Norden zu „kolonisieren“, nicht mehr beschwichtigt werden konnte. Bis zum Oktober 1966 wurden etwa 30 000 Ibos grausam ermordet (vgl. „Afrika-Forum“, 1967, S. 593; „Neue Zürcher Zeitung“, 12. 11. 67). Die Massaker an den Ibominderheiten im Norden veranlaßten den Gouverneur des Ostens, selbst ein im Norden geborener Ibo, seine Stammesgenossen zur Abwanderung in die Ostregion aufzufordern. Etwa eine Million Ibos flohen aus dem Norden und 800 000 aus den übrigen Regionen des Landes. Während so die Ibos

in den Osten einströmten, verließen auf Geheiß des Gouverneurs die Angehörigen der Stämme des Nordens ihre Wohnsitze in der Ostprovinz. Bei deren Aussiedlung verübten auch die Ibos Racheakte. Z. B. überfielen sie einen mit Haussa-Rückwanderern gefüllten Zug. Die Zuginsassen — etwa 400 — wurden alle ermordet („Afrika-Forum“, 1966, S. 462).

Die Situation des Ibovolkes entwickelte sich nun zu einer nigerianischen Tragödie. Ojukwu verlangte von der Zentralregierung Entschädigung für die Ermordeten, finanzielle Unterstützung für die Flüchtlinge, den Abzug der nordischen Truppen aus dem Osten und Süden. In diesem Punkt unterstützte ihn auch Awolowo. Weiter bezichtigte er Gowon, auf illegale Weise die Macht an sich gerissen zu haben.

Im Januar 1967 fand dann in Aburi (Ghana) eine Konferenz der fünf Militärgouverneure statt. Zur Debatte standen verfassungsrechtliche Fragen. Ojukwu trat für eine Konföderation ein, Gowon war einer solchen Lösung zuerst nicht abgeneigt. Nach der Konferenz vertrat er wieder den zentralistischen Kurs. Grund dafür war der verstärkte Druck der Minderheitsvölker des Nordens und Ostens. Diese wären bei einer Konföderation weiterhin den großen Stämmen ausgeliefert gewesen. Die neue Verfassung billigte den Gouverneuren fast unbeschränkte Macht zu. Nur fügte Gowon eine Klausel ein, daß im Falle einer Hinderung der Machtausübung von seiten einer Region die Zentralregierung einschreiten kann.

Ojukwu hatte den 31. März 1967 als Stichtag für die Wiedergutmachung des Pogroms im letzten Jahr im Norden festgesetzt. Gowon ließ diesen Tag unbeachtet vorübergehen. Ojukwu blockierte nun die an die Föderation abzugebenden Gelder. Gowon reagierte, indem er die für die Ostregion bestimmten Gelder zurückbehält. Der Osten übernahm am 17. April sämtliche der Zentralregierung unterstehenden Unternehmungen. Gleichzeitig verstärkte der Norden den Druck auf Gowon: Im Falle einer Sezession würde der rückständige Norden seinen Entwicklungsplan nicht weiterführen können, da ja ein Teil der Gelder aus dem Osten kam.

Den letzten Auftakt zur Sezession gab Gowon, als er am 26. Mai 1967 die politische Verwaltungsstruktur des Landes änderte, die vier Regionen in zwölf aufgliederte. Dadurch legte er Ojukwus Region, den Zentral-Osten, völlig lahm, da die Ölfelder in den südlichen, vornehmlich nicht Ibo-Regionen liegen. Von diesem wirtschaftspolitischen „Pogrom“ getroffen, entschloß Ojukwu sich zur Sezession. Am 30. Mai wurde die Republik Biafra ausgerufen.

Sogleich nach der Sezession verbot die Zentralregierung den Ölgesellschaften die Zahlung der Gebühren für die Schürfrechte, ebenso untersagte sie ausländischen Schiffen das Anlaufen von Biafras Häfen. Da die Ölgesellschaften weiterhin ihre Schiffe Biafras Häfen anlaufen ließen und am 5. Juli auch noch zum Teil ihre Zahlungen an Enugu, die Hauptstadt Biafras, entrichteten, ließ Gowon am 7. Juli eine „Polizeiaktion“ gegen Biafra anlaufen, nachdem er zuvor die Ausrufung der Republik für nichtig erklärt hatte („Africa and the World“, August 1967).

Zusammenfassend können als Ursachen für die Sezession festgehalten werden: die seit je bestehenden politischen Spannungen zwischen den drei Machtblöcken; das fehlende nigerianische Staatsbewußtsein, das immer wieder in Stammesbewußtsein umschlug (bei Ironsi, der durch die Ibos regieren wollte, und bei Gowon, der die zwölf

Regionen ethnisch englisch) verfassungsrechtliche Meinungsverschiedenheiten, das Machtstreben der Führer und nicht zuletzt die Wirtschaftsstruktur des Landes.

Handelt es sich um einen Religionskrieg?

Seit Beginn des Sezessionskriegs wurde wiederholt die Vermutung ausgesprochen, es handle sich in Nigeria in erster Linie um einen Religionskrieg, genauer um die Unterdrückung der animistisch-christlichen Ibos durch den islamischen Norden. Mehrmals wurden Vergleiche mit dem Sudan gezogen (vgl. „NC News Service“, 10. 10. 67). Gelegentlich wurde er von den Betroffenen selbst als solcher deklariert. Während nach dem ersten Putsch, der zur Vormachtstellung der Ibos unter General Ironsi führte, dieser durch eigene Delegationen gegenüber nordafrikanischen Staaten versichern ließ, es handle sich keineswegs um einen Aufstand der Christen und Animisten des Ostens gegen den muslimischen Norden, drückte Ojukwu in seiner Weihnachtsbotschaft seine Verwunderung darüber aus, daß der „christliche Westen“ zusehe, während der Islam des Nordens den „christlichen“ Osten unterdrücke. Es ist verständlich, daß die Vertreter der Rebellenregierung, wie beispielsweise Akanu Ibiam, einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen und politischer Berater Ojukwus, u. a. in Bonn (epd, 25. 1. 68) sich in ihren Kontaktbemühungen in Europa vornehmlich auf den religiösen Aspekt des Konflikts berufen. Das religiöse Moment spielt in seiner Verquickung mit der Stammesstruktur in den Auseinandersetzungen gewiß eine Rolle, aber es wäre eine zu große Vereinfachung, wollte man die nigerianische Krise auf eine Auseinandersetzung zwischen Mohammedanern im Norden und Christen im Osten oder gar auf eine Unterdrückung des „christlichen“ Ostens durch die Mohammedaner des Nordens reduzieren. Auch der Vergleich mit dem Sudan, der auf Grund der Religionsstruktur Nigerias naheliegt und der nicht nur in Amerika, sondern auch in der Bundesrepublik öfters zu hören ist, trifft den wahren Sachverhalt nicht. Die Situation ist differenzierter. Zunächst fällt auf, daß nicht nur die Führer der Ostregion, sondern auch der Ministerpräsident der Zentralregierung wie sein politisch einflußreicher Finanzkommissar und der eigentliche Führer der Westregion, Obafemi Awolowo, Christen sind. Auch ist zu beachten, daß es in Nigeria nicht zwei, sondern drei auseinandertendierende Regionen (den mohammedanisch-animistischen Norden, den gemischt christlich-animistisch-mohammedanischen Westen und den mehrheitlich animistisch-christlichen Osten) gibt.

Noch differenzierter wird das Bild, wenn man sich die Religionsstatistik Nigerias vor Augen führt: Danach teilt sich die Bevölkerung des Landes auf in 45% Animisten (traditionale Religionen), 45% Moslems, ca. 5% Protestanten (einschließlich mehrerer protestantischer Sekten) und ca. 5% Katholiken. Der Anteil der Christen beträgt also in etwa 10% der Gesamtbevölkerung. (Die Statistiken sind entnommen: „Africa“: Mission Information Center, London 1964.) Nach der neuesten Statistik des Fides-Dienstes (25. 2. 67) beträgt die Zahl der Katholiken (Taufbewerber sind darin nicht eingeschlossen) 2 390 666. Davon befinden sich etwa 80% im Osten, während die Schwerpunkte der Protestanten (laut World Christian Handbook, Lutherworth Press, London 1967, 2523 647) im Westen liegen. Dieser Überblick macht die Stammesbindung der christlichen,

insbesondere der katholischen Mission deutlich, die wiederum zu einem Teil mit der Kolonial- und Religionspolitik der englischen Kolonialherren zusammenhängt. Diese waren, wie schon angedeutet, bestrebt, den islamischen Charakter des Nordens unberührt zu lassen, und beschränkten die Missionstätigkeit der Kirchen auf den Süden (Westen und Osten). Die Stammesbindung der Missionen erweckte den Eindruck, es handle sich um einen Krieg zwischen Religionen, wo es in erster Linie um Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Stämmen geht. Dieser Eindruck mag sich noch durch das sudanesisches Beispiel verschärft haben (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 561), ebenso durch die Tatsache, daß die Armee der Zentralregierung nach der Dezimierung der Ibo-Militärelite hauptsächlich von mohammedanischen Offizieren des Nordens geführt wird, wo sich auch die Zentren militärischer Macht und Planung befinden. Daß gewisse islamische Expansionstendenzen neben Vergeltungsmaßnahmen für die wirtschaftliche Bevormundung durch den Süden im Spiele sind, wird nicht geleugnet. Seinerzeit war das Vordringen der islamischen Stämme von den Engländern gestoppt worden. Es war kaum anders zu erwarten, als daß der Islam nach dem Abzug der Engländer daranging, das Testament des „großen Heiligen“ des Nordens, Othman Dan Fodio, zu vollziehen. Dieser hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts den „Heiligen Krieg“ („Dschihad“) gegen den Süden ausgerufen, wurde aber an der Durchführung durch die Engländer gehindert. Da bei der ersten Revolte Ibo-Offiziere den Ministerpräsidenten des Nordens getötet hatten, der zugleich das religiöse Oberhaupt der Moslem und ein Großvater von Dan Fodio war, ist es einsichtig, daß jetzt der Augenblick gekommen war, den „Dschihad“ zwar nicht auszurufen, aber ihn unter einem wirtschaftlichen und politischen Deckmantel zu führen.

Eine Gewissensfrage an die Mission

Andererseits darf auch die Rolle der Ibos und mit ihnen die Rolle der christlichen (vor allem katholischen) Missionen im Norden nicht übersehen werden. Hatten die Engländer ursprünglich die katholischen Missionen aus dem Norden ferngehalten, so kamen sie erst mit den Einwanderern aus dem Süden und Osten in das Gebiet. Für die einwandernden Ibos, die sich gesellschaftlich einflußreiche Stellungen sichern konnten, wurden christliche „Diasporagemeinden“ und eigene Schulen errichtet. Die Missionen hatten sich dabei weitgehend auf die soziale und religiöse Betreuung der Ibos beschränkt. Der Kontakt zu den einheimischen islamischen Stämmen wurde kaum gesucht. Als die Ibos den Norden verlassen mußten, standen kirchliche Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser vielfach leer. Es fehlte, um die Einrichtungen weiterzuführen, an geschultem Personal. Als positive Folge blieb für die zurückbleibenden Missionare die Chance, ihre Arbeit nun stärker in den Dienst der einheimischen Bevölkerung der Nordregion zu stellen. Von Einzelfällen abgesehen, blieben die Missionare sowohl im Norden wie im Westen unbehelligt. Daß aber nicht der Religionskonflikt, sondern Stammesfehden im Vordergrund stehen, wird auch dadurch bestätigt, daß Ibo-Missionare durch stammesfremde Christen umgebracht wurden. Versucht man hier eine Bilanz unter Einbeziehung der Vergangenheit, so kann auch der ausgeprägte Ordens- und Stammespartikularismus der europäischen Missions-

gesellschaften nicht übergangen werden. Missionaren, die bei den Ibos missionierten, fiel es schwer, andere Stämme als gleichberechtigt anzuerkennen. Überhaupt spielte der „religiöse Ethnozentrismus“ eine nicht unwichtige Rolle. Durch ihn hat die Kirche die nationale Einheit nicht immer gefördert, gelegentlich hat sie sogar zur Verfestigung der Stammesgegensätze indirekt beigetragen. So bleibt der nigerianische Konflikt auch für die Kirche eine Gewissensfrage und ein Anlaß zu prüfen, wieweit ihr dort, wo sie tatsächlichen Einfluß hatte, die Humanisierung und Verchristlichung der afrikanischen Lebensverhältnisse und Gemeinschaftsbeziehungen gelungen ist.

Nicht nur ein Konflikt zwischen Norden und Osten

Trotz der genannten religiösen Verquickungen und Beimischungen handelt es sich also weder um einen Religionskrieg noch um einen ausschließlichen Konflikt zwischen Norden und Osten. Will man den Verlauf des Konfliktes richtig verstehen, muß man den innenpolitischen Polizentrismus im Auge behalten. Die Interessen der Zentralregierung sind nicht mit denen des Nordens identisch, auch wenn diese gegenwärtig machtmäßig und militärisch stark vom Norden abhängig ist. Besonders General Gowon selbst kann nicht uneingeschränkt als Freund des Nordens angesehen werden. Selbst nördlicher Abstammung, kennt er als Angehöriger eines Minderheitsvolkes die Gefahren eines nördlichen Übergewichts und ist bestrebt, dieses in Grenzen zu halten. Die Aufteilung des ganzen Bundesgebietes in zwölf Regionen, die nach den Plänen der Zentralregierung bis Ende 1968 abgeschlossen sein soll, sollte ja nicht nur Biafra und den Einfluß Ojukwu im Osten schwächen, da hauptsächlich von Minderheiten besiedelte, aber wirtschaftlich wichtige Gebiete seinem Machtbereich entzogen blieben, sondern brächte, würde sie tatsächlich durchgeführt, auch eine Machtzer splitterung im Norden. Doch wird einer solchen, den einzelnen Ethnien, vor allem den Minderheiten, Rechnung tragenden *Föderation* keine große Chance eingeräumt. Um so mehr dürfte die Bildung einer *Konföderation* zwischen dem Norden, dem Osten und dem Westen künftig wieder stärker ins Gespräch kommen. Awolowo, der weiterhin als der starke Mann des Westens gilt, stand bereits vor der Sezession des Ostens in Verhandlungen mit Ojukwu über die Errichtung einer solchen Konföderation. Die Verhandlungen scheiterten jedoch damals an den zu weit gehenden Forderungen Ojukwus. Indessen scheint man sich aber gewisse Verhandlungsmöglichkeiten offengehalten zu haben. Ojukwu hat es bisher auffallenderweise unterlassen, den Westen oder Awolowo scharf anzugreifen. Es könnte also der Zeitpunkt kommen, wo über Vermittlung durch den Westen die Zentralregierung im eigenen politischen Interesse gegenüber dem Norden sich zu Verhandlungen mit dem Osten bereit fände. Wenn in letzter Zeit eine gewisse Gesprächsbereitschaft der Zentralregierung erkennbar ist (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 6. 2. 68), so müßte diese Tatsache wohl nicht nur auf dem Hintergrund des drohenden wirtschaftlichen Ruins, der wachsenden Unruhe unter der Bevölkerung, sondern auch in diesem politischen Rahmen gesehen werden. Furcht vor dem Norden gibt es nicht nur im Osten, sondern auch im Westen und bei gewissen Stellen der Zentralregierung. Es bleibt freilich die Frage, wieweit, von den jetzigen Aktionen gegen Biafra abgesehen, die Macht der Zentralregierung reicht, und ob es ihr ge-

lingt, die Massen im eigenen Bereich zu beruhigen. Hier bestehen große Sorgen. In Lagos sind Rekrutierungsbüros eingerichtet worden, wo sich die steigende Zahl der Arbeitslosen meldet. Die Verantwortlichen machen sich darüber Gedanken, was mit ihnen geschehen soll, wenn sie nach dem Krieg in ein wirtschaftlich ruiniertes Land zurückkehren („Le Monde“, 18. 11. 67). Aber nicht nur die Zentralregierung scheint gefährdet, auch im Norden drohen Auseinandersetzungen zwischen den traditionellen Machträgern, den Emiren, und den Offizieren, denen nach der Sezession Biafras neue Macht zugewachsen ist. Es drohen also selbst nach dem möglichen Abschluß der Kämpfe zahlreiche Krisenherde, die in der Bevölkerungsstruktur des Landes und in den wirtschaftlich-politischen Gegensätzen zwischen den Regionen und den generationsgebundenen Eliten angelegt sind und die die Zukunft des Landes mitbestimmen werden.

Ein afrikanisches Trauma

Der Verlauf des Konfliktes und die Zukunft des Landes sind nicht unabhängig von ausländischen Einflüssen und Interessen. Auch wenn alle westlichen Staaten sich aus dem Konflikt heraushielten, bedeutet das nicht, daß keine Interessenkonflikte bestehen. In den Diensten der Zentralregierung stehen nicht nur ägyptische und sogar südafrikanische Söldner. Die Zentralregierung wird auch von der Sowjetunion unterstützt. Sie versichert dabei nachdrücklich, daß diese Unterstützung keine Hypotheken schaffe und bekennt sich auf internationalem Felde zur „großen Neutralität“ nach dem Beispiel Indiens (vgl. „Le Monde“, 22. 11. 67). England, das sich anfangs zurückgehalten hat, unterstützt heute die Zentralregierung. Aber einzelne englische Söldner kämpfen auch auf seiten Biafras (vgl. „Daily Telegraph“, 27. 1. 68). Amerika hält sich zurück, offiziell auch Frankreich. Trotz eifrigen politischen Werbens seit Beginn der Sezession wurde die Regierung Biafras von keinem einzigen Staat anerkannt. Dennoch fehlt es nicht an Sympathien. Eindeutig unterstützt wird Biafra von Portugal, das darin einen Prestigegewinn für seine Afrikapolitik sieht. Frankreich hält sich nach außen streng an den Grundsatz der Nichtanerkennung. Doch sind französische Wirtschaftsinteressen mit Biafra verknüpft, denen die Regierung indirekt Rechnung tragen muß. Sollte sich Biafra, wenn auch nicht militärisch, so doch politisch durchsetzen, rechnet sich die Erdölgesellschaft SAFRAP, die nigerianische Tochtergesellschaft der französischen ERAP, bessere Expansionschancen gegenüber BP/Shell aus (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 4. 2. 68). Indirekt werden diese Zusammenhänge auch von „Le Monde“ (31. 1. 68), die selbst für Biafra Sympathien bekundet, zugegeben.

Wie verhalten sich aber die afrikanischen Regierungen selbst in diesem Konflikt? Kein afrikanischer Staat hat Biafra bisher anerkannt. Es fehlt jedoch auch hier nicht an Sympathien, vor allem in einer Reihe ostafrikanischer Länder wie Tansania und Zambia. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (4. 2. 68) vermerkt, der frühere Ministerpräsident der Ostregion, Okpara, habe während seines Aufenthaltes in Tansania Ende Januar keine Schwierigkeiten gehabt, „seine Auffassung von der Entwicklung in Nigeria in der tansanischen Presse unterzubringen“, während der Geschäftsträger der Zentralregierung darüber klage, „daß er so gut wie keinen Kontakt zu Regierungskreisen Tansanias habe“. „Le Monde“ (31. 1. 68) drückt das Verhältnis der afrikanischen Staaten zur nigerianischen Krise mit dem Satz eines afrikanischen Diplomaten aus: „Die Einwohner von Biafra haben Anrecht auf unendliche Sympathie, aber Biafra hat keinen Existenzgrund, keinerlei Daseinsrecht.“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ sieht in dieser latenten Sympathie „eine Solidarität der eigentlichen Negervölker“ gegen die Völker des islamischen Gürtels, speziell gegen die Stämme des nigerianischen Nordens, die sich zum großen Teil nicht eigentlich als Schwarze betrachten, als deren Vertreter aber die Zentralregierung — wie wir gesehen haben, nicht ganz zu Recht — angesehen wird.

In Wirklichkeit handelt es sich wohl eher um ein afrikanisches Trauma: Auf Grund der eigenen Stammesgebundenheit bringt man den Vorgängen in Biafra bzw. der Rebellenregierung positive Sympathie entgegen. Aber diese Sympathie darf es im Prinzip nicht geben, weil das nigerianische Beispiel jederzeit Schule in anderen afrikanischen Ländern mit ähnlicher Stammesstruktur machen könnte. Neben den fehlenden wirksamen afrikanischen übernationalen Zusammenschlüssen macht dieser Zwiespalt eine erfolgreiche Vermittlungsaktion afrikanischer Staaten unmöglich. Das hat auch die ergebnislose Reise sechs afrikanischer Regierungschefs unter Führung von Ministerpräsident Tubman von Liberia im Auftrag der OAU) im Anschluß an ihre letzte Tagung in Kingshasa deutlich gemacht. Ob deshalb jetzt schon ein Ende dieses „Vietnam“ in Afrika abzusehen ist, ist schwer zu ermitteln. Solange der persönliche Antagonismus der Führer nicht eingedämmt wird, solange man am Wunsch der Ibos zweifeln kann, die nationale Einheit wiederherzustellen, und solange man auch an den Willen ihrer Gegner zweifeln muß, sich an den Separatisten nicht durch Ausrottung zu rächen, ist, wie immer sie militärisch entschieden wird, mit dem Ende der Krise nicht zu rechnen. Der Bürgerkrieg wird zudem weitergehen, solange hilfegebende Staaten ihre wirtschaftspolitischen Interessen nicht zurückstellen und nicht gemeinsam versuchen, die zwei feindlichen Lager an den Gesprächstisch zu bringen.

Entwicklung und Motive der chinesischen Kulturrevolution

Jüngste Berichte aus der Volksrepublik China enthalten im Gegensatz zur monatelangen Praxis weniger Hinweise auf Art und Umfang, Ziele und Erfolge der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“. Es ist etwas stiller geworden um diese seit April 1966 in der Öffentlichkeit ausgetragene Kampagne, deren Auswirkungen bis weit über die Grenzen Chinas hinaus zu spüren waren. Westliche Korrespondenten und Diplomaten rätseln z. Z.

noch, ob man augenblicklich von einer „gebremsten Kulturrevolution“ sprechen könne oder aber eine verschärfte Neuauflage zu erwarten sei. Vieles spricht für die erste Annahme — was nicht bedeutet, daß alles wieder wie zu Beginn des Jahres 1965 weitergehen wird. Allerdings kommt man gerade jetzt in der Diskussion und bei verschiedensten Neuerungen auf die damaligen Kritikpunkte, d. h. auf die Mißstände im kulturellen Bereich,